

# LINKS DER NEISSE

Oktober 2021  
Ausgabe 5/2021  
12. Jahrgang  
Nr. 134

**Sachsens Linke  
Bundestags-  
abgeordnete:**



# Danke!

**DIE LINKE.**

Auch wenn mit dem Ergebnis niemand in unserer Partei zufrieden sein kann, möchten wir Danke sagen! Danke für euer Vertrauen und eure Stimmen, die ihr uns heute gegeben habt und auch noch gebt. Vielen Dank für die vielen tollen Gespräche und lange Stunden voller engagierten Wahlkampf.

Danke an alle Helfer:innen, egal ob Mitglied der Linken oder Sympathisant:innen, die in den letzten Wochen sich viel Zeit genommen haben, um mit uns an den ganzen Infoständen dabei zu sein, Flyer & Kaffee schon vor der Morgenstunde verteilt haben und bis in die Abendstunden unterwegs waren, um Zeitungen zu stecken und mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Danke für euer Engagement.

## Inhalt:

Auf in den Wahlkampf	S. 2
Kreistagsfraktion	S. 3
Europäische Linke	S. 4
Bundespolitik	S. 5
Sachsens Linke	S. 6
Aus dem Kreisverband	S. 8
DIE LINKE. vor Ort	S. 10
Forum & Diskussion	S. 12

**Stoppt die Angriffe gegen  
die LGBTQI+ in Ungarn.**

EuropeanLEFT

Mehr auf Seite 4



Katja Kipping



Sören  
Pellmann



Caren Lay



Dr. André  
Hahn  
Deutscher Bundestag

© Deutscher Bundestag / Achim Meide

# Zum Wahlausgang

## Liebe Genoss:innen,

Ende 2017 bin ich nicht in die LINKE eingetreten, da ich dachte: mit der Partei bekommste sofort die dicken Posten. Nein, weil ich für linke Inhalte stehe. Weil ich weiß, was Armut bedeutet. Weil ich weiß, wie wenig die Perspektive diskriminierter Menschen in den politischen Debatten vorkommt. Weil es gerade in Ostsachsen wichtig ist, die Menschen zu unterstützen, die für linke Inhalte stehen und die von einer ausbeuterischen Politik betroffen sind.

Deswegen bin ich in die LINKE eingetreten. Deswegen habe ich seit Ende 2018 Wahlkämpfe mit organisiert und deswegen bin ich Anfang 2021 als Bundestagskandidat angetreten. Na klärchen lief in den letzten Jahren nicht alles rund. Die Fehler werden wir aufarbeiten.



Genauso vertrauen uns aber auch weiterhin viele Leute – hier im Wahlkreis Görlitz haben mich 11.837 Menschen gewählt. Ebenso waren viele Neumitglieder tatkräftig dabei. Sie waren und sind dabei, weil sie für eine bessere Gesellschaft eintreten.

Ich war viele Jahre im Bereich Asyl und Migration politisch aktiv. Da gab es immer positive und negative Veränderungen – oftmals eher Verschlechterungen. Aber wenn wir nicht gekämpft hätten, wenn wir nicht für ein anderes Migrationssystem eingetreten wären, wenn wir nicht an der Seite derjenigen gestanden hätten, die von Rassismus betroffen gewesen sind – wäre dann die Gesellschaft besser geworden?

Sicherlich nicht.

2014 gab es Pegida aus Dresden. Wir hatten „Dresden für alle“ gegründet, um ein Zeichen für eine vielfältige Stadt zu setzen. Unser Sprecher und viele andere Leute wurden tagtäglich bedroht. Jetzt werden dem neuen Bundestag Kassem und Rasha angehören. Sie werden sich neben Katja für eine menschenrechtsorientierte Demokratie einsetzen. Das ist großartig!

Kämpfe sind nicht umsonst. Jeder Kampf für eine gerechte und solidarische Gesellschaft lohnt sich. Egal ob DIE LINKE nun 9,2 oder 4,9 Prozent bei einer Bundestagswahl erreicht. Wir bleiben weiter aktiv! Wir setzen uns vor Ort weiter gegen Ungerechtigkeiten, Armut und Menschenverachtung ein. Wir werden die künftige Regierung kontrollieren, ob sie wirklich soziale und ökologische Politik macht. Seid dabei!

*Marko Schmidt*

# Zum Wahlausgang

DIE LINKE muss Wunden lecken, wieder. Eine weitere Wahl verloren, dabei hatten wir gemeinsam gehofft, nach den desaströsen Landtags- und Kommunalwahlen 2019 die Talsohle durchschritten zu haben. Es kam (fast) noch schlimmer. Ein Leipziger, Sören Pellmann, aus dem sonst so blau verfärbten Sachsen rettet neben Berlin die LINKE vor dem Supergau.

## Ursachensuche.

Ich mahne: Nach Rosa Luxemburg ist „die revolutionärste Tat, das zu sagen, was ist!“ und nicht zu wissen, wer alles verbockt hat. Die Geschichte unserer gemeinsamen Niederlage geht weiter zurück, wenigstens bis 2009. Seit dieser Zeit verlieren wir insgesamt an Zustimmung, auf allen Ebenen!

Was ist seitdem passiert: Seit 10 Jahren registrieren Parteienforscher Schwierigkeiten großer Volksparteien, ihre bisherige Stammwählerschaft zu halten. Horst Kahrs, RLS, spricht von einer „Pluralisierung“ des traditionellen Volksparteisystems. Der Wähler wechselt oft und taktiert gern. Die langsame Transformation des Parteiensystem lässt Ergebnisse zwischen 15 – 25 % für einstige Giganten und 5 – 10 % für kleinere Parteien allmählich zur Normalität werden. Neben CDU/CSU hat sich mit der AfD eine rechtspopulistische/-extremistische Partei mit einem Sockel von etwa 10 % etabliert, die trotz Abgrenzungsbeschlüsse nicht mehr verschwinden wird. Sie bietet einem Teil enttäuschter einstiger konservativer Wähler neue politische Heimat und saugt Protest hauptsächlich aus dem Nichtwählerlager auf aber auch, geringer, von links. Damit ist sie nicht nur inhaltlich für die Demokratie eine Gefahr, sondern konkret auch für DIE LINKE, weil sie uns unsere Rolle als Daueroppositionspartei abspenstig macht, aber gleichzeitig mit einfachen Losungen die Ängste der Menschen anspricht, die wir in der letzten Migrations- und aktuellen Coronakrise verloren haben.

2021 kommt hinzu, dass ein Land Merkel-müde war. Man wollte einen Wechsel an der Spitze, aber keine drastische politische Kurskorrektur. Wir vergessen gern: Insgesamt beurteilen die Deutschen ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut. Soziale Themen und Umverteilungszwänge werden gesehen, sind aber nicht wahlbestimmend. Klimapolitik ist bei jüngeren Generationen die zentrale Frage, allerdings stellen Bürger\*innen ab 60 Jahren mehr als doppelt so viele potenzielle Wähler\*innen wie die Gruppe der unter 30-Jährigen. Um die Merkel-Nachfolge konkurrierten drei Parteien lange Zeit auf Augenhöhe. Letztlich „siegte“ hauchdünn der Kandidat, der persönlich am längsten und maßgeblich in Mitregierungsverantwortung stand. Scholz war nicht stark, aber weniger schwach als Laschet und verlässlicher als Baerbock. Das knappe Wahlergebnis drückt daher eine mangelnde Veränderungsbereitschaft der Deutschen aus, ihre Unentschiedenheit zwischen Aufbruch und Stabilität aus. Diese Zerrissenheit zeigt sich gerade an den Ergebnissen der Dritt- und Viertplatzierten FDP und Grüne, deren programmatische Ansätze grundverschieden sind, die aber über die Koalitionsverhandlungen den eigentlichen Ausschlag für den politischen Kurs im Bund geben werden.

Die LINKE spielte in dieser Machtarithmetik keine Rolle, über eine Million Wähler\*innen wechseln allein zu SPD und Grüne. Unsere zumeist ältere Stammwählerschaft nimmt dramatisch ab. Nach dreißig Jahren Opposition fällt es uns immer schwerer, den Menschen einen spürbaren „Gebrauchswert“ zu vermitteln.

Hinzu kommen eigene inhaltliche, strategische und taktische Fehler sowie Dauerknatsch in den eigenen Reihen. Dieser „Knatsch“ (der in allen Parteien läuft, aber dann bedrohlich wird, wenn es um die politische Existenz geht!) ist Ausdruck von ungeklärten inhaltlichen Positionen. Insofern werden Stimmen laut, die eine Überarbeitung unseres Parteiprogramms einfordern. Die Fehleranalyse wird noch Zeit brauchen. Die meisten Probleme aber sind lange bekannt, liegen deutlich vor der Veröffentlichung von Büchern, Aussagen Einzelner oder einem Abstimmungsverhalten im Parlament. Die LINKE wird einen schmerzhaften Läuterungsprozess durchlaufen und sich neu erfinden müssen zwischen Geschlossenheit nach außen und Pluralität im Inneren, zwischen Korrektiv zur Sozialdemokratie und Gestaltungsanspruch, zwischen Bewegung und Partei.

Für mich steht fest: Es braucht eine LINKE in Deutschland!

*Kathrin Kagelmann*



## Triumph der Ungerechtigkeit: Mimmo Lucano verurteilt



Mimmo Lucano vor Vertreter:innen der Presse Foto: Luigi Salsini/La Presse via AP

**In Locri in Kalabrien verurteilte ein Gericht den ehemaligen Bürgermeister von Riace, Mimmo Lucano, in erster Instanz zu einer Gefängnisstrafe von 13 Jahren und 2 Monaten - und damit doppelt so viel, wie von der Staatsanwaltschaft gefordert.**

Mimmo Lucano ist kein Verbrecher, sondern ein weltweit bekannter Politiker, der in seiner Zeit als Bürgermeister der Kleinstadt Riace, Migrant:innen und Asylbewerber:innen aufgenommen

hat. Er beherbergte sie in ehemals verlassenen Häusern und half damit vielen Menschen.

In Italien, in einer Region mit einer hohen Arbeitslosenquote und damit verbunden einer starken Auswanderungsbewegung junger Menschen, schaffte Lucano Arbeitsplätze und baute Solidarität auf und muss sich nun vor Gericht vorwerfen lassen, dass er mit seiner Arbeit Stimmen kaufen wollte.

Diejenigen, die ihn gut kennen und seine

politischen und moralischen Qualitäten selbst erlebt haben, wissen, dass sein Weg ein Dorn im Auge der Politiker:innen ist, die sich selbst bereichert und über Korruption und Verbindung zum organisierten Verbrechen Macht ausnutzen.

Dieses Urteil ist keine Gerechtigkeit - sie ist die Rache eines Systems, gegen das Mimmo Lucano jahrelang gekämpft hat und das ihm viele Steine in den Weg gelegt hat.

Während die Mafia ihn bedrohte und versuchte, seine Arbeit zu zerstören, verschloss der Staat seine Augen und verfolgt nun Mimmo Lucano so, wie sie eigentlich gegen das organisierte Verbrechen vorgehen sollte.

Die Europäische Linke sieht in den Erfahrungen von Mimmo Lucano als Teil der eigenen Geschichte. Wir erklären uns zum Komplizen bei dem „Verbrechen“ der Solidarität und stehen solidarisch an seiner Seite. Dieses Urteil ist ein dunkles Kapitel in der Geschichte der italienischen Justiz und ist ein Angriff auf die italienische Verfassung.

Übersetzung: Mathias Fröck

## Eurogruppe: Energiearmut bekämpfen!



Martin Schirdewan

**Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender der Linksfraktion THE LEFT und finanzpolitischer Sprecher von DIE LINKE, im Europäischen Parlament, erklärt zum Treffen der Eurogruppe am 4. Oktober:**

„Energiearmut ist das Problem der Stunde. 34 Millionen Menschen in der EU können es sich nicht leisten, zu Hause zu heizen. Der Winter steht jedoch bereits vor der Tür und die Energiepreise steigen erbarmungslos weiter. Nicht zuletzt liegt dies auch an den Finanzspe-

kulationen beim Emissionshandel. DIE EU muss das Zocken hier schleunigst unterbinden.

Wir müssen jetzt eingreifen, um die Menschen von der Eskalation auf den Energiemärkten zu schützen. Als Sofortmaßnahme brauchen wir einen Energiepreisdeckel. Frankreich hat es uns bereits vorgemacht. Zudem sollte Strom und Gas von der Mehrwertsteuer befreit werden. Über diese Eingriffe in die Preise hinaus brauchen wir ein Abschaltungsverbot. Niemandem darf im Winter der Strom oder das Gas abgestellt werden!“

**Zum Projekt der Bankenunion äußert sich Martin Schirdewan kritisch:**

„Auch ein Jahrzehnt nach der Finanzkrise haben wir Megabanken, die im Ernstfall ganze Volkswirtschaften in Gefahr bringen können. Am Ende müssen wieder Steuerzahler:innen die Zeche für

die Zockerbuden zahlen. Auch in Zeiten der Corona-Krise liegt es nicht an gelungener Regulierung, dass die Banken sich über Wasser halten, sondern an der staatlichen Unterstützung für die Wirtschaft.

Das Herzstück der Bankenunion ist der EU-Abwicklungsfonds. Mit 52 Milliarden Euro ist dieser jedoch ein Tropfen auf dem heißen Stein. Nun soll der mit Steuergeldern ausgestattete Europäische Stabilitätsmechanismus mit weiteren 68 Milliarden Euro herhalten. Die Rechnung geht jedoch nicht auf! In der letzten Finanzkrise explodierten die Kosten der Bankenrettung auf sage und schreibe 1,7 Billionen Euro.“

Die Lösung heißt: Megabanken aufspalten, Investment- und Einlagegeschäft klar trennen. Wir brauchen regional verankerte Geschäftsbanken, die für Mensch und Realwirtschaft arbeiten. Nicht umgekehrt.“

Pressemitteilung: Martin Schirdewan

## Bahnstrecken in der Lausitz wiederbeleben!



MdB Caren Lay, Foto von Anke Illing

„Im erstellten Gutachten zu wiederbelebenden Strecken im Auftrag der Sächsischen Landesregierung taucht für die Lausitz nur die schon bekannte Strecke Kamenz-Hosena auf. Das ist zu wenig! Und selbst bei dieser Verbindung hängt ein sinnvoller Betrieb an der Elek-

trifizierung der Bahnstrecke Dresden-Bautzen-Görlitz. In der Lausitz wurden viele Strecken seit 1990 stillgelegt. Jetzt brauchen wir die besondere Unterstützung der Staatsregierung.“ erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, anlässlich anhaltender Berichterstattung über die Pläne der Landesregierung, Bahnstrecken in Sachsen wiederzubeleben.

Lay weiter: „Sowohl in Dresden, als auch bei der Bundesregierung in Berlin wird viel zu langsam zum Schienenausbau gearbeitet. Es reißen sich Verzögerungen und Versagen aneinander, das es kaum noch auszuhalten ist. Meine Anfragen haben gezeigt, dass die Sächsische Regierung außer einer Strecke im Vogtland bislang keine weiteren Strecken in Flächenlandkreisen zur Wiederbelebung über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz nach Berlin gemeldet hat.

Die Politik der letzten 30 Jahre, in denen massiv Strecken stillgelegt wurden – insbesondere in der Lausitz – rächt sich jetzt. Und beim aktuellen Tempo werden

wir weitere 30 Jahre warten müssen, bis überhaupt wieder Fortschritte bei der Bahninfrastruktur in Ost Sachsen zu beobachten sind. Ich finde das nicht akzeptabel!

Deshalb fordere ich mehr Tempo und zusätzlich ganz konkrete Projekte, zu denen sich Bund und Land jetzt verpflichten müssen: die schnellstmögliche Elektrifizierung der Strecke Dresden-Bautzen-Görlitz, die S-Bahn-Verbindung Dresden-Hoyerswerda sowie ins Seeland, die Wiedererrichtung bzw. Wiederbelebung der Strecken Bautzen-Hoyerswerda und Bischofswerda-Wilthen-Bad Schandau, die Wiederbelebung der Herrnhuter Bahn, sowie die Einrichtung eines Haltepunktes am Bärwalder See auf der Strecke zwischen Görlitz und Hoyerswerda.

Wenn wir beim Thema Schiene in der Lausitz nicht endlich Tempo bekommen, bleibt alles Gerede über eine gewünschte Verkehrswende nur Wolkenkuckuckshaus. Wir brauchen jetzt konkrete Handlungen!“

Pressemitteilung Caren Lay

## Menschenkette für Menschenrecht!

Menschenrechte scheinen nicht überall auf der Welt gleich zu sein.

Täglich finden Menschenrechtsverletzungen an Europas Außengrenzen statt. Die Lager in Griechenland und Bosnien, zum Beispiel die Abschiebelager, verhöhn den Begriff der Menschenwürde seit Jahren. 21 500 Geflüchtete ertranken bisher im Mittelmeer oder werden rechtswidrig und mit Gewalt an den EU-Außengrenzen festgehalten und zurückgedrängt was als Pushbacks bekannt ist. Anstatt die Rechtsbrüche aktiv zu verhindern, sind Menschenrechte für die meisten deutschen Politiker\*innen nur Verhandlungsgegenstand. Durch ihre politischen Entscheidungen sind sie daran beteiligt, dass die europäische Abschottungspolitik jedes Jahr brutaler wird und sie weisen dennoch jede Verantwortung von sich.

Das wollten die Organisatoren von der Rettungskette, zu denen ich gehöre und die über 300 Organisationen, am 19. September Hand in Hand von Norddeutschland über Österreich bis nach

Italien am Mittelmeer stehen, nicht mehr hinnehmen. 15816 Menschen beteiligten sich an der Aktion und klagten die Verantwortlichen dieser Menschenrechtsverletzungen an, sie wollten in Deutschland und in Europa, dass Menschenrechte unverhandelbar sind. Die viel zitierten Reden von europäischen Werten und Menschenrechten haben nur und nur dann einen Wert, wenn sie für alle Menschen gelten, an EU-Außengrenzen als auch in den Mitgliedsstaaten. Wer die Aufnahme Schutzsuchender nach Deutschland trotz breiter Aufnahmebereitschaft blockiert, wer Push- und Pullbacks im Rahmen von Frontex- und EUNAVOR MED-Einsätzen unterstützt, wer zivile Seenotrettung kriminalisiert, handelt nicht nur unmenschlich, sondern kriminell.

Unsere Politiker\*innen haben die Menschen in Afghanistan im Stich gelassen, Menschen die für eine Demokratisierung in ihrem Land über Jahrzehnte gekämpft haben, sie haben für eine Demokratisierung in ihrem Land

geschrieben usw. Sie sind immer noch in Afghanistan, mit dem Tode bedroht von den Taliban. Unsere Politiker\*innen müssen nicht die Todesangst ertragen, sie müssen sich nicht verstecken und sie können am Abend ihren Wahlkampf neu ausjustieren.

Ich danke allen, die in Sachsen die Aktion durch Bildung eines Rettungsringses unterstützt haben, wie in Dresden Conny Ernst und Katja Kipping, Sarah Buddeberg; in Pirna André Hahn und Ina Richter und weiter, in Görlitz Mirko Schultze und seine Mitarbeiter\*innen. Ich durfte in Berlin reden und dort wurden die Bilder der Kette auf einer großen Leinwand auf Dauerschleife gezeigt.

Heike Krahl





## Tiefschlag für kernbetroffene Region in der Lausitz - kein Großforschungszentrum Lausitz!



Antonia Mertsching, Quelle: DIE LINKE. Sachsen

**Zur Entscheidung der Jury im Ideenwettbewerb „Wissen schafft Perspektiven für die Region“ zur Auswahl von 6 Projekten als potentielle Großforschungszentren in Sachsen im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes äußern sich die stellv. Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Caren Lay und die Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende DIE LINKE. Görlitz, Antonia Mertsching.**

„Die Auswahl der Jury zeugt von einer

bemerkenswerten Unkenntnis der Herausforderungen des Strukturwandels und der bestehenden Verhältnisse in Sachsen. Das ist auch kein Wunder, wenn Menschen über Strukturwandelprojekte entscheiden sollen, die weder selbst etwas damit zu tun haben noch aus der Region kommen.

Dass nun 5 von 6 ausgewählten Projekten überhaupt keinen Bezug zum kernbetroffenen Gebiet Lausitz haben und kein Projekt bislang direkt im kernbetroffenen Gebiet der Lausitz angesiedelt werden soll, kommt einer Bankrotterklärung gleich. Wenn Bundes- und Landesregierung, in persona durch Ministerin Karliczek und Ministerpräsident Kretschmer, diese Auswahl nun als impulsgebend für die Lausitz beschreiben, fehlt mir dafür tatsächlich jegliches Verständnis. Tatsächlich ist die Auswahl viel mehr ein Tiefschlag für die Region zwischen Hoyerswerda und Weißwasser, also das tatsächlich vom Kohleausstieg betroffene Gebiet und die Menschen dort.“ so Caren Lay.

Antonia Mertsching erklärt: „Natürlich hat auch die Weltraumforschung ihre Berechtigung. Warum aber gleich zwei Projekte aus diesem Bereich ausgewählt worden, aber keins, das sich mit zentralen Ressourcenfragen im Bereich Wasser, Energie, Ernährung beschäftigt und damit originär mit dem Struktur-



Caren Lay, Quelle: DIE LINKE. Sachsen

wandel und wie er gelingen kann, ist für mich nicht nachvollziehbar. Mit dem Kohleausstieg ist den Menschen hier verprochen worden, dass man mit Ansiedlungen von Forschungseinrichtungen Impulse für neue Jobs und Industrieansiedlungen setzen wird, die an das Vorhandene in der Region anknüpfen. Ich kann nicht erkennen, welchen Beitrag die jetzige Auswahl in dieser Richtung liefern soll und fürchte, dass man hier nur wieder viele Fragezeichen und Politikverdrossenheit hervorrufen wird. Das ist fatal!

Presseerklärung Caren Lay & Antonia Mertsching

## Strukturwandel geht an den Menschen vorbei, wenn er zur Klängelei unter CDU-Landräten wird

Zum Treffen des Staatsministers Thomas Schmidt (CDU) mit den Landräten aus den vom Braunkohleausstieg betroffenen Landkreisen sagt Antonia Mertsching, Lausitzer Abgeordnete der Linksfraktion Sachsen und Sprecherin für das Thema Strukturwandel: „Der Strukturwandel betrifft nicht nur die vier Landräte und den Staatsminister, sondern zwei große Regionen Sachsens. In die Diskussion über das weitere Verfahren sollten auch die beratenden Mitglieder und Interessengruppen der Regionalen Begleitausschüsse einbezogen werden. Wovor hat die Staatsregierung Angst? Der Strukturwandel ist ein tiefgreifender gesellschaftlicher

Prozess mit vielen Chancen – doch er geht an den Menschen vorbei, wenn er zur Klängelei unter CDU-Landräten wird. Es fehlen immer noch Beteiligungskonzepte für die Bevölkerung und eine klare Strategie, wie der Strukturwandel umgesetzt werden soll. Es gibt viele Engagierte in den beiden Revieren, die sich unbedingt einbringen wollen. Warum werden diese nicht gehört?“

Simone Luedtke, Oberbürgermeisterin der Stadt Borna, erklärt: „Wir haben den unbedingten Wunsch und Willen, den Strukturwandel in unseren Kommunen aktiv zu gestalten. Viele spannende Projekte wurden vorgeschlagen und eingereicht, so zum Beispiel auch aus Borna

mit dem Konzept der nachhaltigen Nutzung des historischen Amtsgerichtes zu einer Berufsfachschule für Pflegeberufe mit angeschlossenen Betriebskindergärten. Allerdings vermischen wir eine angemessene Kommunikation zwischen der Entscheidungsebene und uns Antragstellern. Hier wäre ein kontinuierlicher Austausch innerhalb des Auswahlverfahrens besonders wünschenswert. Damit hätten wir eine deutlich bessere Grundlage für unsere Arbeit in diesem Bereich – es geht schließlich in erster Linie um die Menschen vor Ort.“

Presseerklärung Antonia Mertsching und Simone Luedtke

## Sonderförderprogramm Sirenen kommt zu spät - Zögern der Staatsregierung hat womöglich Menschenleben gekostet.

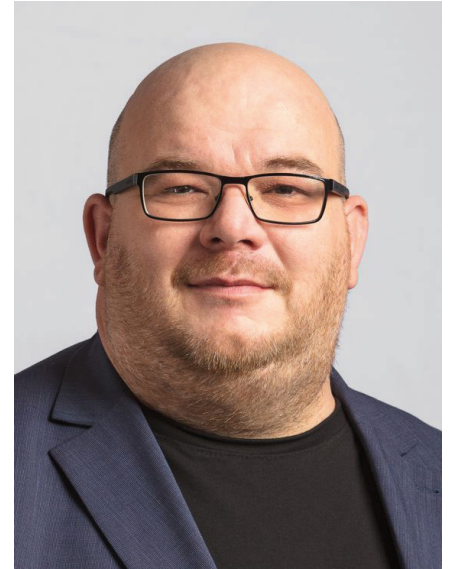
**Zum am 24. August veröffentlichten Kabinettsbeschluss, der eine Vereinbarung Sachsens mit Bund und Ländern über Finanzhilfen zur Verbesserung der Warninfrastruktur in den Ländern - kurz „Sonderförderprogramm Sirenen“ - vorsieht, erklärt Mirko Schultze, Sprecher für Katastrophenschutz der Fraktion DIE LINKE. im sächsischen Landtag:**

„Das „Sonderförderprogramm Sirenen“ kommt zu spät! Das Zögern der Staatsregierung bei diesem wichtigen Bestandteil des Katastrophenschutzes hat womöglich bereits Menschenleben gekostet. Es ist schlimm, dass es erst wieder eine Flutkatastrophe geben muss, damit endlich die von der Linksfraktion schon im Dezember 2020 geforderte Ertüchtigung der Sirenen-Infrastruktur und die dafür erforderlichen Mittel auf den Weg gebracht werden (Druck-

sache 7/4894). Noch im März dieses Jahres hatte der Landtag unseren Antrag „Einfach Sirenen aufs Dach: Funktionalisierende, flächendeckend verfügbare Sirenen-Infrastruktur sicherstellen – Menschenleben retten!“ abgelehnt.

In einem weiteren Antrag der Linksfraktion (Drucksache 7/7222) haben wir die Staatsregierung im Juli auffordert, bis Ende 2021 einen „Bevölkerungsschutz-Bericht Hochwasserereignisse Juli 2021“ vorzulegen. Er soll die Grundlage für Verbesserungen beim Hochwasser- und Katastrophenschutz in Sachsen sein. Dank unserer Anträge sieht sich die Staatsregierung nun endlich zum Handeln gezwungen. Links wirkt!

Was nun noch fehlt, ist eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden. Sie ist die einzige Möglichkeit, um Menschen, deren Häuser in der Nähe von Gewässern stehen, eine bezahlbare



Mirko Schultze, Bildnachweis: DIE LINKE. Sachsen  
re Versicherungsmöglichkeit zu bieten. Hier muss Sachsen beim Bund Druck machen.“

Pressemitteilung Mirko Schultze

## Alle Möglichkeiten ausschöpfen, Katastrophenschutz und Warnsysteme weiter zu verbessern

**Die Linksfraktion fordert von der Staatsregierung (Drucksache 7/7222) bis Ende 2021 einen „Bevölkerungsschutz-Bericht Hochwasserereignisse Juli 2021“, der die Grundlage für Verbesserungen beim Hochwasser- und Katastrophenschutz sein soll.**

Dazu erklärt Mirko Schultze, Sprecher für Katastrophenschutz: „Nicht zum ersten Mal konnten wir mit der Einreichung eines Antrages, dem die regierungstragenden Fraktionen aus taktischen Erwägungen im Parlament wohl nicht zustimmen werden, Regierungshandeln anstoßen. Im konkreten Fall hatten wir schon in der letzten Legislaturperiode gefordert, den Bevölkerungsschutz ernster zu nehmen. Es spricht Bände, dass der Freistaat nicht selbständig ein Programm zum Ausbau der Sirenen-Infrastruktur aufgelegt hat, sondern es dazu erst einer neuerlichen Naturkatastrophe und eines Bundesprogramms bedarf

hat. Die Staatsregierung muss nun alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Katastrophenschutz und die Warnsysteme weiter zu verbessern. Es ist eine sachliche Analyse notwendig, welche Fähigkeiten und Schlagkraft die sächsischen Einheiten des Bevölkerungsschutzes haben und ob ihre Einsatzmittel ausreichen. Wo (Vor)Warnsysteme und stationäre oder mobile Hochwasserschutzanlagen fehlen, muss nachgebessert werden. Außerdem braucht Sachsen ein mit den Kommunen abgestimmtes, von Mobilfunk und Stromversorgung unabhängiges Bevölkerungswarnsystem. Dazu gehören flächendeckend Sirenen mit Akku-/Notstromversorgung, über deren Signale die Bevölkerung weiter informiert werden muss. Kompetenzen im Bereich Bevölkerungsschutz müssen zudem Teil der Bildungspläne werden. Im Bund sollte Sachsen außerdem Bestrebungen unterstützen, eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden voranzubringen. Ein solches Modell ist

die einzige Möglichkeit, um Menschen, deren Häuser in der Nähe von Gewässern stehen, überhaupt noch eine bezahlbare Versicherungsmöglichkeit zu bieten.“

Pressemitteilung Mirko Schultze

## Neu im Team: Lukas Kotzybik

Mein Name ist Lukas Kotzybik, ich bin der neue Büroleiter vom MdL Mirko Schultze und zudem im Ortsvorstand des OV Görlitz aktiv. Wenn ihr ein Anliegen habt (sei es zum Landtag oder zur Kommunalpolitik in Görlitz) so werde ich so gut wie möglich eure Fragen beantworten und euch bei eurer Sache unterstützen. Nach der Bundestagswahl habt ihr mit mir jedenfalls einen weiterhin motivierten Genossen an eurer Seite, der viel Lust hat für DIE LINKE Gas zu geben.



## Hat der Landkreis mit den Bundesmitteln für „Aufholen nach Corona“ nur den eigenen Haushalt aufgebessert?

**Am 16.09.2021 wurde im Jugendhilfeausschuss über die Mittelverwendung „Aufholen nach Corona“ berichtet. Um Lernrückstände aufzuholen und Versäumtes – und zwar besonders auch im sozialen Bereich – nachzuholen, hat die Bundesregierung das Aktionsprogramm initiiert und 80.000 Euro an Projektmitteln an den Landkreis ausgeschüttet. Damit sollen vor allem zusätzliche Projekte gefördert werden.**

„Nach dem Bericht im Jugendhilfeausschuss liegt jedoch der Verdacht nahe, dass der Landkreis hier nicht zusätzliche Projekte geschaffen, sondern bereits vorhandene und normalerweise schon im Haushalt eingestellte Projekte finanziert wurden. Wir befürchten, dass der Landkreis hier seinen eigenen Haushalt

auf Kosten der Kinder und Jugendlichen im Landkreis mit den Bundesmitteln verbessert“, so Mirko Schultze, Fraktionsvorsitzender im Kreistag Görlitz.

Katrin Cordts, Mitglied der Linksfraktion im Jugendhilfeausschuss ergänzte: „Nach der Ausschusssitzung sind bei uns noch viele offene Fragen geblieben. Der Verdacht, dass die Landkreisverwaltung ungewollte Institutionen wie z.B. den Jugendring Oberlausitz komplett außen vor lässt, liegt aus unserer Sicht im Raum. Wenn bewusst einzelne Träger nicht informiert wurden, dann ist das Verhalten des Landkreises jedoch leider wieder von fragwürdigen Entscheidungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe trotz der bereits in diesem Jahr erfolgten sehr deutlichen Gerichtsurteile.“

*Pressemitteilung der Kreistagsfraktion*

## Treffen des „alten“ Redaktionsteams



Auf dem Foto von links: Heike Krahl, Sabine Kunze, Dierk Kunow, Heiderose Gläß, Winfried Bruns

Mit der Ausgabe Jhrg. 111/ Nr. 129 im Dezember 2020 beendete das alte Redaktionsteam der Parteizeitung „Links der Neiße“ im Landkreis Görlitz seine Arbeit. Da Corona nicht erlaubte, eine kleine Abschiedsrunde einzuberufen, trafen wir uns erst am 3. September in

Weißwasser, um nochmal auf 11 Jahre gemeinsame Arbeit, Höhen und Tiefen zurück zu blicken. Dafür allen nochmals ein Dankeschön. Unter dem Motto: Gehe mit der Zeit, sonst geh'ste mit der Zeit – wird die Zeitung nun vom neuen Team weitergeführt.

## Spende der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Görlitz für Görlitzer Second Attempt e.V. übergeben

**Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Görlitz entschieden, dass der Second Attempt e.V. 200 Euro aus dem Spendentopf der Fraktion erhält. Den Scheck übergab der Fraktionsvorsitzende Mirko Schultze an Vertreter:innen des Vereins.**

Dagmar Fingerhut vom Second Attempt e.V.: Diese Spende unterstützte unser Projekt „Denkfabrik: Jede\*r hat die Wahl.“. In mehreren Diskussionsrunden haben wir mit verschiedenen Menschen aus diversen Strömungen der Behindertenrechtsbewegung diskutiert, wie politische Bildung im Zuge der Entschlackung u.a. des §13 des Bundeswahlgesetzes aussehen sollte oder nicht sollte. Ziel war es, dass jede\*r, der von politischen Entscheidungen betroffen ist, diese auch mit seiner oder ihrer Stimme mitentscheiden dürfen sollte. Die Ergebnisse der Denkfabriken wurden verschriftlicht und anschließend den Bundestagsfraktionen zugesandt.

„Für uns als LINKE ist das Mitgestalten an politischen Verhältnissen, das Integrieren und Akzeptieren von Menschen mit Beeinträchtigungen wichtig. Aus diesen Gründen unterstützten wir das Projekt sehr gern und sind auf die Ergebnisse gespannt“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Görlitz Mirko Schultze.

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Görlitz spenden monatlich von ihrer Aufwandsentschädigung. Sie sehen sich angesichts der Kürzungen im sozialen Bereich und der Finanzschwäche der Kommunen in der Verantwortung sowie einer Vorbildrolle, ausgewählte Projekte der Sozial- und Kulturarbeit und der Demokratiebildung zumindest symbolisch zu unterstützen, um deren Wert für die Kommune deutlich zu machen.



## LINKE. im Kreistag fordert Unterstützung um ungleiche finanzielle Kostenverteilung zu Lasten Pflegebedürftiger zu stoppen

**Am 25. August 2021 reichte der Zittauer Sozialpolitiker Jens Hentschel-Thöricht im Namen der LINKEN im Kreistag Görlitz den entsprechenden Antrag an den Kreistag ein.**

### **Der Kreistag soll nach Ansinnen der LINKEN beschließen:**

Die Mitglieder des Kreistages Görlitz treten für eine gute und qualitativ hochwertige Pflege ein, die ihren Preis hat. Dazu zählen unter anderem ein den Aufgaben angemessener Personalschlüssel und eine zeitgemäße Entlohnung des Pflegepersonals. Die finanzielle Mehrbelastung darf sich aber nicht weiter zu Ungunsten der Versicherten in den Pflegeeinrichtungen auswirken.

Der Kreistag Görlitz unterstützt Initiativen, die das Ziel haben, die ungleiche finanzielle Kostenverteilung zu Lasten Pflegebedürftiger zu stoppen.

### **In der Begründung des Antrages heißt es:**

Steigende Eigenanteile in der stationären Pflege überschreiten die Belastungsgrenzen der Bewohnerinnen und Bewohner – auch in den Pflegeeinrichtungen des Landkreises Görlitz steigen

die Kosten. Aufgrund der neuen Pflege-stärkungsgesetze und insbesondere durch das Bekenntnis zu einer besseren Personalausstattung und angemessener Bezahlung der Pflegenden sind die Kosten in den stationären Pflegeeinrichtungen in den vergangenen Monaten zum Teil erheblich gestiegen. Da die Pflegekassen durch die gesetzlich festgeschriebenen Leistungsbeiträge vor steigenden Kosten geschützt sind, werden die sich dynamisch entwickelnden Kosten derzeit ausschließlich mit der Erhöhung der Eigenanteile der Bewohnerinnen und Bewohner aufgefangen. Diese Entwicklung überschreitet die finanziellen Belastungsgrenzen von immer mehr Pflegebedürftigen und zwingt möglicherweise dazu, Leistungen der Sozialhilfe zu beantragen, was zu weiteren Belastungen der kommunalen Haushalte führt.

Diese Entwicklung ist nicht länger hinnehmbar. § 8 Absatz 1 des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) benennt die pflegerische Versorgung der Bevölkerung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Maßgabe muss durch gesetzliche Anpassungen im Pflegeversicherungsgesetz Rechnung getragen werden. Veränderte Bedingungen in den

stationären Pflegeeinrichtungen – die auch in der Pflege selbst begründet und sowohl demografisch als auch epidemiologisch zu erklären sind – sind mit dem derzeitigen, veralteten Finanzierungssystem nicht mehr zu kompensieren. Der Kreistag Görlitz tritt dafür ein, dass das Finanzierungssystem der Pflegeversicherung der veränderten Bedingungen in der stationären Pflege angepasst und ein Höchstbetrag für zu zahlenden Eigenanteile eingeführt wird. Mehrkosten müssen aus Mitteln der Solidargemeinschaft finanziert werden. Auch der Vergleich der Pflegeversicherung mit einem Teilkasko-System führt im Ergebnis zu einer solchen Überlegung, da die Höhe der jeweiligen Selbstbeteiligung fest vereinbart ist.

Der Vorsitzende der Linksfraktion im Kreistag, Mirko Schultze, ergänzt: Mit dem Antrag wollen wir in die inhaltliche Debatte mit den anderen Fraktionen eintreten. Als Ergebnis können wir uns eine gemeinsame Resolution des Kreistages mit dem Landrat vorstellen.

*Pressemitteilung der Kreistagsfraktion*

## Landkreisverwaltung Görlitz in digitaler Steinzeit

**Im April 2021 fragte Mirko Schultze, Vorsitzender der Kreistagsfraktion bei Landrat Bernd Lange (CDU) nach einer Kontaktnachverfolgungs-App für den Landkreis.**

Daraufhin antwortet am 29. April 2021 Landrat Lange, dass „dem Landkreis zahlreiche Angebote von App-Lösungen vorliegen“. Welche digitale Lösung zum Einsatz kommt, werde geprüft.

Am 12. August 2021 fragte Schultze erneut nach dem aktuellen Stand. Daraufhin antwortet nun Lange, dass zur Kontaktnachverfolgung „vorrangig digitale Systeme zu nutzen sind“, zusätzlich jedoch eine analoge Form angeboten

wird. Jedoch „sollte auf Anforderung des Gesundheitsamtes eine Übermittlung im xlsx oder csv-Format sichergestellt sein“.

Dazu Schultze: Für uns als LINKE ist es unbegreiflich, dass die Verwaltung, welche die Digitalisierung als Modellprojekt hat, zur Nachverfolgung eine Excel-Tabelle haben möchte. Das bis heute keine der am Markt vorhandenen APPs mit dem Gesundheitsamt kompatibel sein soll, ist ein Armutszeugnis oder blanke Technikverweigerung. Die Nachverfolgung bzw. deren einfache Handhabung wird aber für viele Unternehmen mit Kundenkontakt wichtig sein. Diese kann im Zweifel einen Anstieg der Inzidenzzahlen verhindern. Gerade im

Landkreis Görlitz, in dem die Impfquote unterdurchschnittlich ist, ist dies notwendig.

Dass der Landkreis hier versagt, ist nicht hinnehmbar. Ich verlange von Landrat Lange eine sofortige Ansage in Richtung Gesundheitsamt. Dieses sollte zeitnah eine Verknüpfung zum Datenab-ruf mit mindestens einer APP zur Nachverfolgung anbieten und diese Information bzw. die Nachverfolgungs-APP auch auf der Homepage des Landkreises zur Verfügung stellen.

*Pressemitteilung der Kreistagsfraktion*

## Jonsdorf: Erinnern, versöhnen, handeln

**Am 28. August 2021 trafen sich Vertreter:innen der LINKEN an der ehemaligen Jugendherberge „Hilde Coppi“ in Jonsdorf. Gemeinsam mit weiteren Vertreter:innen antifaschistischer Gruppen und Friedensaktivist:innen wurde sich über die aktuellen Forderungen nach Frieden ausgetauscht.**

Christa Junge, Mitglied des Ortsvorstandes der LINKEN erklärt dazu: In unmittelbarer Nähe zur tschechischen Republik gedachten wir der gefallenen tschechischen Verteidiger. 76 Jahre nach dem Sieg über die faschistische Wehrmacht und die Befreiung der

Völker von Faschismus und Krieg darf es keine andere Schlussfolgerung geben als die: NIE WIEDER FASCHISMUS – NIE WIEDER KRIEG. Gleichzeitig wurde eine friedliche Zusammenarbeit mit Russland statt eine permanente Bedrohung der Russischen Föderation gefordert! Unsere Stärke liegt in der internationalen Solidarität und im gemeinsamen Handeln der antifaschistischen und Antikriegskräfte!

Marko Schmidt, Kandidat der LINKEN zur Bundestagswahl im Wahlkreis 157, ergänzt: Antifaschismus ist kein Verbrechen sondern gehört zur Grundhaltung eines jeden Demokraten. Daher gilt es rechts-konservativen Kräften nicht nur



zur Bundestagswahl die rote Karte zu zeigen.

Jens Hentschel-Thoericht

## September 2021: Bericht aus dem Stadtrat Zittau

### Brücke am Dreiländerpunkt

Am Anfang der Sitzung stellte Herr Josef Horinka, Bürgermeister in Hradec (CZ), die weitere Verfahrensweise zum Projekt „Brücke am Dreiländerpunkt“ vor. Als Linke bedauerten wir, dass eine dreiseitige Brücke, welche Polen, Tschechien und Deutschland verbindet, scheinbar an dem Bürokratismus der EU und auch nationalen Interessen gescheitert ist. Deshalb können wir der Idee einer zweiseitigen Brücke zwischen Tschechien und Deutschland durchaus zustimmen, verbindet ein Holzsteg bereits jetzt Polen und Tschechien. Damit wäre dem Sinn einer Verbindung aller drei Länder zumindest etwas genüge getan. Die nun anvisierte zweiseitige Brücke würde auch den Tourismus fördern, der Oder-Neiße Radweg wäre durchgängig nutzbar.

### Sitzungstermine des Stadtrates 2022

Der Stadtrat beschloss im Juli, dass die Verwaltung einen neuen Vorschlag für die Sitzungstermine des Stadtrates im Jahr 2022 vorlegen soll. Dem Stadtrat war es wichtig, dass die Sitzungen außerhalb der Schulferien stattfinden. Dies hat die Verwaltung nun getan, als LINKE haben wir daher zugestimmt.

### Fortschreibung des Haushaltsstrukturkonzeptes

Ja, die Stadt muss weiter sparen oder die Einnahmen verbessern. Als LINKE haben wir sehr positiv zur Kenntnis genommen, dass im jetzigen Haushaltsstrukturkonzept die Erhöhung der Elternbeiträge, das Schließen der Schwimmhalle und drastische Einsparungen bei der Feuerwehr nicht mehr beinhaltet sind. Dies ist aufgrund der deutlichen Kritik der Mehrheit des Stadtrates sinnvoll, würden solche Beschlussvorlagen der Verwaltung mit hoher Wahrscheinlichkeit wie bisher durch den Stadtrat abgelehnt. Die nun beinhalteten Gebührenerhöhungen sehen wir zwar nicht als Strategie an, sondern eher als laufendes Geschäft der Verwaltung, wir können damit leben. Das Haushaltsstrukturkonzept wurde beschlossen.

Nun werden wir uns in den kommenden Wochen den Haushaltsentwurf sehr genau ansehen. Wenn Sie Hinweise dazu haben, können Sie uns diese gern senden.

Jens Hentschel-Thoericht





## DIE LINKE. und soziale Themen haben die Wahl verloren

„Wir haben als LINKE deutlich verloren, da gibt es nichts zu beschönigen. Wir wussten um die schwierige politische Ausgangslage im Wahlkreis Görlitz und der Bundestrend hat sich auch hier niedergeschlagen. Das werden wir über alle Parteebenen die nächsten Wochen reflektieren.“

Die Wahlergebnisse werden die soziale und ökonomische Situation in unserem Landkreis nicht verbessern. Wir befürchten, dass insbesondere eine sichere und bezahlbare Gesundheitsversorgung, ausreichende Renten und die Bekämpfung der Armut in einer Koalition mit der FDP, schlimmstenfalls mit der CDU, auf der Strecke bleiben. Auch die jüngeren Generationen werden in dem Rahmen für ihre Zukunft wenig Hoffnung auf schnellstmögliche Klimaneutralität set-

zen können oder auf Bleibeperspektiven in unserer Region.

Wir LINKEN hatten im Wahlkreis Görlitz mit Marko Schmidt einen starken und kompetenten Kandidaten und haben mit einem jungen Team einen engagierten Wahlkampf geführt. Das werden wir in den kommenden Jahren fortsetzen.

Wir müssen anpacken und uns gegen all diejenigen stellen, die die Sorgen der Menschen missbrauchen um ihre Machtinteressen durchzusetzen. Wir kämpfen weiterhin für die sozialen Themen, denn wir werden noch sehen, was von den hehren Zielen von SPD und Grünen übrig bleibt.“

*Antonia Mertsching*

## Kurze Wege für kurze Beine - Schulweg zumutbar gestalten!

Am 13. Oktober findet die nächste Kreistagssitzung im Landkreis Görlitz statt. Zur Vorbereitung traf sich die Fraktion DIE LINKE am 4. Oktober. Interessantester Punkt ist die Beschlussvorlage, mit der der Landkreis wegen unzureichender finanzieller Finanzausstattung gegen den Freistaat Sachsen klagen will. Dies ist ein Ergebnis des Haushaltsbeschlusses 2021/22, wenn die Gespräche zwischen Landrat und Landesregierung Sachsen bis 30 September zu keinem Ergebnis führen. Es sollte mit den Gesprächen erreicht werden, dass der Landkreis Görlitz ausreichende finanzielle Mittel zur Aufgabenerfüllung erhält. Da sich der Freistaat nicht bewegt, wird nun der Klageweg beschritten.

Im nächsten Jahr werden auch in vielen Gemeinden neue Bürgermeister\*innen gewählt und ein neuer Landrat oder -rätin. Dazu wird als Termin der 12. Juni 2022 vorgeschlagen, bzw. für einen erforderlichen 2. Wahlgang der 3. Juli 2022. Auch die Termine für die Kreistagssitzungen in 2022 sollen festgelegt werden: 30. März, 15. Juni, 5. Oktober und 14. Dezember.

Wer die Zeitung liest weiß, dass z. Zt. im nördlichen Landkreis eine andere Diskussion die Menschen beschäftigt. Ab 1.1.2022 soll ein neuer Busfahrplan gelten. Sein Ziel soll eine bessere Abstimmung zwischen Bahn und Bus sowie eine Angebotsverbesserung sein. Dumm nur, dass dabei die Schulbuslinien erhebliche Veränderungen und Verschlechterungen hinnehmen sollen. Erfahrungsgemäß sieht das die Verwaltung nicht so, aber die Eltern, Schulen und Kommunen laufen Sturm. Eine Forderung der LINKEN lautet seit Jahren: Kurze Wege für kurze Beine. Nun sollen noch zusätzliche Umsteigezeiten, Wartezeiten unter freiem Himmel und verschobene Schulzeiten dazu kommen. Schulwege könnten sich auf 100 Minuten pro Fahrt ausdehnen. Das können und wollen wir nicht hinnehmen und haben den Eltern Unterstützung in ihrem berechtigten Anliegen zugesagt. Es kann nicht sein, dass den Kindern noch mehr Zeit für den Schulweg aufgebrummt wird. Es muss einvernehmliche Lösungen geben, die beide Anliegen verbindet.

*Sabine Kunze*

## Wahlkampfimpressionen





## Alexander Rahr „Anmaßung - Wie Deutschland sein Ansehen bei den Russen verspielt“



Buch von Alexander Rahr  
Taschenbuch, 176 Seiten  
Das Neue Berlin - ISBN 978-3360013767  
Preis: 16 Euro

In ihrem Vorwort zu diesem Buch schreibt Gabriele Krone-Schmalz (langjährige ARD-Korrespondentin in Russland und Buchautorin): „Es sollte uns interessieren, was Russen von Deutschen halten und was sie über Deutschland denken. Warum? Weil Russland mehr ist als eine „zusammengekrachte Supermacht“ und weil eigentlich jeder – ganz gleich welcher Ideologie er sich verbunden fühlt – wissen müsste, dass das Wohlergehen Europas von einem guten, zumindest auskömmlichen Verhältnis zwischen Deutschland und Russland abhängt.“ Und weiter heißt es: „Es fällt auf, dass in unserem Land (Deutschland) in der Regel nur zwei Kategorien russischer Gesprächs- oder Interviewpartner zu Wort kommen: offizielle Regierungsvertreter und ausgewiesene Kremlikritiker. „Neutrale“ Experten muss man mit der Lupe suchen und Straßenumfragen vermitteln stets das Bild, als gäbe es nur entweder blinde Regierungsunterstützer oder sich ereifernde Putin-Kritiker. Das vielfältige Spektrum dazwischen kommt

nicht vor und es scheint auch nicht wirklich zu interessieren.“

Alexander Rahr untersucht in sieben Beispielen, was in den Menschen, was in der Politik und Wirtschaft, was bei Verantwortlichen und einfachen Leuten in Russland vorgeht: Was und wie denken sie über Deutschland und die Deutschen? Woher rührt die wachsende Entfremdung? Er selbst ist unmittelbar Beteiligter und auf beiden Seiten involviert. Er war 18 Jahre für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik tätig und saß von 2004 bis 2015 im Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs und ist seit 2012 Projektleiter des Deutsch-Russischen Forums. Er schrieb bereits mehrere Sachbücher.

Sabine Kunze

## Die letzte Seite:

### Ein Aufruf an der Links der Neisse mitzuwirken!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
Seit dem 1. Januar gibt es ein „neues“ Redaktionsteam der Links der Neisse... seit dem stand aber auch schon sehr lange fest, dass dieses Team für eine qualitativ hochwertige und regelmäßig mit eigenen Inhalten versehene politische Zeitung ziemlich klein ist.

Ein paar meiner eigenen Ziele als „Redakteur“ der Links der Neisse waren deshalb sehr unrealistisch. Regelmäßige Debattenbeiträge zu aktuellen Themen, bei denen verschiedene Perspektiven unserer pluralistischen Partei beleuchtet werden, hätte ich mir gewünscht - waren aber bisher mit der begrenzten Redaktion nicht drin.

Nun sind wir an dem Punkt, dass wir uns dem Ende des Jahres nähern und damit auch theoretisch dem Ende der Ära Sabine Kunze in der Links der Neisse. Sabine hatte bereits als wir über die Zukunft der Links der Neisse im Kreisvorstand diskutiert hatten, gemeint dass sie nur noch für 1 Jahr mitwirken möchte und dann ein bisschen mehr Zeit für sich und ihre Familie haben möchte.

Zu Beginn des Jahres habe ich dabei noch gedacht - ach, bis

Dezember finden sich bestimmt noch Genossinnen und Genossen, die an der Links der Neisse mitwirken möchten. Bisher ist das jedoch leider nicht passiert und nun stehen wir nicht mehr weit vor dem Jahresende und brauchen euch!

Meldet euch und wirkt an der Links der Neisse mit. Ohne weitere Redakteur:innen, die aktiv mitarbeiten, wir unser kleines, besonderes Unikat am Ende sich nicht weiter entwickeln, sondern am Ende aufgrund von fehlenden Mitarbeitenden nicht länger fort bestehen können. Das möchte ich nicht und bitte euch deshalb um eure Hilfe.

Mathias Fröck

#### Impressum:

**Herausgeber:** DIE LINKE, Kreisvorstand Görlitz

**Redaktion:** Mathias Fröck (V.i.S.d.P.), Sabine Kunze, Heike Krahl

Bitte alle Beiträge an:

**linksderneisse@linksmail.de**

**Satz & Druck:** Moving Fuchs Agentur

**Auflage:** 500 Stück

**Redaktionsschluss:** 15.11.21

**Erscheinungsdatum:** 01.12.21

Der Redaktion bleiben sinnwährende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten. Wer Rechtschreibfehler findet, darf sie behalten.

**Spendenempfehlung: 1,50€**

Unser Spendenkonto ist:

DIE LINKE, Görlitz

Volksbank Löbau Zittau

**IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08**

